

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 18

Artikel: Tartuffe erklärt Moral
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093815>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bohdan Gorski zu einer kirchenentwicklungspolitischen Schrift der Erklärung von Bern

Tartuffe erklärt Moral

Die Arbeitsgruppe Kirche der Erklärung von Bern hat unter dem Titel «Kirche und Entwicklung; für ein politisches Gespräch» eine Broschüre herausgegeben (Zürich 1982, 12 Seiten). Sie ist getragen von «Betroffenheit», das heisst von heiliger Empörung, über die Zustände dieser Welt, aber dahinter gibt es Scheinheiligkeit und selektive Entrüstung. Denn sie spart die Zustände aus, denen keine kapitalistische Verursachung nachzuweisen ist, und sie presst den Rest in Klassenkampfsschablonen, die bloss mit gesalbten Worten von christlichem Engagement eingepackt werden.

«Mündlich und schriftlich mitgearbeitet haben» eine Reihe von Persönlichkeiten, deren Aufzählung von Altwegg bis Zimmermann reicht. Vereinigt in einem kollektiven Werturteil, das einem ideologischen Vorurteil entspricht. Der Marxismus-Jesuitismus gibt dem Parteivertreter richterliche Sicherheit.

Zeigt sich in der Kirche die Tendenz, neuen Wein in alte Schläuche zu giessen? Im Mittelalter war sie Trägerin von Heil und Weisheit in der Welt. Ihre Vertreter fühlten sich beauftragt, über alles zu befinden, in Medizin und Astronomie so gut wie in Jurisprudenz, Literatur oder Staatsverwaltung. Das bekam im Ergebnis weder der Kirche noch den Wissenschaften gut.

In der Inquisition oder auch «nur» im Widerruf von Galileo Galilei zeigte sich, wohin das führte. Humanismus und Aufklärung überwandten dann den weltlichen Zuständigkeitsanspruch der Kirche. Für immer, wie man lange glaubte.

Aber offenbar gibt es Kräfte, die zu den «kirchlichen» Anliegen von früher zurückkehren möchten. Ein Paradebeispiel dafür ist die Broschüre der Erklärung von Bern. Nach den Vorstellungen ihrer Urheber-Autoren-Inspiratoren müssen sich die Vertreter der Kirche vordringlich mit Problemen befassen wie z.B.

- die ungleiche und verantwortungslose Verteilung der Macht;
- die neuen Möglichkeiten, im Bereich der Technologie die Arbeitsplätze wegzurationalisieren;
- die Zentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse;
- die Eigendynamik der Weltrüstung;
- die Tatsache, dass für Rüstung mehr ausgegeben wird als für Entwicklungshilfe. Undso weiter.

★ ★ ★

Allerdings wird den angesprochenen Kirchenvertretern die Entscheidung eigentlich abgenommen. Sie brauchen sich nur von der Politpredigt

überzeugen zu lassen, die ihnen die Arbeitsgruppe Kirche vorspricht. Dort können sie sich die tröstliche Gewissheit holen, dass unser Wirtschaftssystem schuld ist an allen Übeln dieser Welt.

Laut höchstem Gebot. Die Sendung von Christus richtet sich, wie man aus der Broschüre erfährt, an die Armen, die wirtschaftlich Unterdrückten, die Opfer des damaligen Wirtschaftssystems. An die gleich definierten Opfer also, an die sich auch die Botschaft des säkularen Klassenhasses wendet. Klar, wohin die Analogie in der Meinung der Autoren führt.

Obwohl die Sache selbst nicht so klar ist. Am meisten Opfer fordert heute das sozialistische Wirtschaftssystem, also die Alternative zu jenem System, das die «Erklärung» als Elendsverursacher meint, wie auch aus ihren Beispielen leicht ersichtlich wird. Freilich fordert der Sozialismus seine Opfer nicht nur und nicht hauptsächlich in seiner Eigenschaft als Wirtschaftssystem. Ebenso wenig taten es zur Zeit Hitlers der Nationalsozialismus und zur Zeit Christi das Königreich der Juden (mitsamt seinen Politpriestern) oder das Kaiserreich der Römer.

Weshalb wollen denn die Autoren die erlösungsbedürftigen Menschen der Zeit Christi nur in ihrer Eigenschaft als Opfer des Wirtschaftssystems definiert sehen? Weil man sonst auf «falsche» Gedanken bezüglich der Opfer in der Gegenwart kommen könnte. Weil die Ausbeutung per Wirtschaftssystem (zu Unrecht) als das patente Wahrzeichen der westlichen Gesellschaftsordnung gilt. Und weil man die viel relevanteren anderweitigen Unterdrückungssysteme aussparen will, die politischen Diktaturen. Unter Au-

gustus, unter Hitler, unter Breschnew und Menghistu.

Also scheint Christus nur zu den Opfern des damaligen Wirtschaftssystems gesprochen zu haben. Hat man die Menschen erst mal richtig (d.h. marxistisch) definiert, dann ist der Menschensohn auch bald kapiert. Als Vorläufer von Marx. Dessen Weltbild gerade von jenen Systemen widerlegt worden ist, die sich auf ihn berufen. Und dann: Soweit sich Christus (warum nicht?) *unter anderem* an die Menschen in ihrer Eigenschaft als wirtschaftlich Unterdrückte wandte, tat er es nicht mit einer Botschaft zum Klassenkampf (unter welchem Namen auch immer), sondern mit einer Botschaft der Liebe und Vergebung. Demgegenüber preist die «Arbeitsgruppe» die sogenannte Befreiungstheologie in der Dritten Welt. Die ihrerseits nicht aus dem Christentum kommt, sondern eine politische Interpretation von sozio-ökonomischen Erscheinungen ist, auf der Grundlage der Moral und Wertvorstellung von Marx und Engels. Die sich wiederum als Alternative zum Christentum verstanden, und zwar nicht nur zum Christentum der zeitgenössisch-bürgerlichen Interpretation, sondern überhaupt. Wogegen die Erklärer von Bern das Christentum für Marx und Engels vereinnahmen wollen.

★ ★ ★

Das angekündigte Gespräch mit der Kirche ist eigentlich ein interner schweizerischer Vorgang. Aber weil die schweizerische Innenpolitik zur gründlichen Abrechnung nicht genügend inspiriert, sucht die Arbeitsgruppe die Argumente draussen nach dem Motto «Entwicklungspolitik muss bei uns beginnen».

Die Anliegen der spezifisch benötigten Gerechtigkeit (Vorbereitung: Abschaffung des hiesigen Wirtschaftssystems) wird nun durch ein Dossier «untermauert», das sich als dürftig und widersprüchlich erweist. Zwei Beispiele:

● Angeprangert wird das asoziale Verhalten eines schweizerischen Unternehmers in Südkorea. Der Einzelfall dient als Beweisstück in der Anklage gegen die Marktwirtschaft. So werden die Koreaner ausgebeutet. Nur: Gerade das von uns



Titelvignette der besprochenen Broschüre. Dargestellt wird ein Befreiungsvorgang, dessen Notwendigkeit aber dann anhand der falschen Beispiele erläutert wird. Die Autoren selbst sind gefangen in ihrer Befangenheit.

ausgebeutete Südkorea hat volkswirtschaftlich Erfolge aufzuweisen, die andern Entwicklungsländern abgehen: Ausweitung der Industrieproduktion, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Ausbau der ökonomischen und sozialen Infrastruktur.

● Die Arbeitsgruppe stellt unsere Importe von Textilwaren aus Entwicklungsländern (Hongkong, Südkorea, Indien) als Gefährdung des schweizerischen Arbeitsmarktes hin. Als ob die Entwicklungsländer sich gefälligst mit ihrer Rolle als Rohstofflieferanten abzufinden hätten und keine Fertigprodukte exportieren dürften. Gerade angesichts ihrer Defizite in der Zahlungsbilanz muss man ihnen helfen, ihre Exporte zu steigern (was übrigens zahlreiche Organisationen einschliesslich der UNO zu tun versuchen). In ihrem Anprangerungseifer hat hier die Arbeitsgruppe ganz einfach übersehen, dass sie mit ihrem Beispiel in den Schützengräben der xenophoben Protektionisten gerät, aber was soll's: Hauptsache, das System ist schuld.

★ ★ ★

«Die wachsende Verelendung ist eine Folge der wirtschaftlichen und politischen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die in den letzten dreissig Jahren aufgerichtet wurden.» Hm, ja, das ist ja die Periode, in der das Sowjetimperium direkt und indirekt so gewaltig angewachsen ist. Aber das meint die Gruppe ja nicht. (Abgesehen davon hat die Erklärung von Bern in ihren andern Schriften die Abhängigkeitsverhältnisse auf jahrhundertalte Kolonialstrukturen zurückgeführt. Die Gruppe hat das nicht gelesen.)

Sicher: Sie sagt den Übeln wie Rassismus, Terror, Unfreiheit, Folter usw. generell den Kampf an. Aber als Beispiel fällt ihr ausser Südafrika und den Schweizer Banken nicht viel ein. Dafür schweigt sie sich über die grössten Tragödien der Gegenwart aus, bei denen Ströme von Blut fliesen, bei denen Millionen von Menschen in den Tod, in Hungersnot und in die Flucht getrieben werden:

● **Kambodscha.** Planmässig herbeigeführter Hunger. Massenvertreibung und rassistische Massenmorde. Invasion fremder Truppen.

● **Vietnam.** Kette von Konzentrationslagern (unter dem Alibi der Umerziehung, das die Nazis auch schon gebraucht hatten). Massendeportationen in Hungergebiete. Massenterror gegen Andersdenkende. Rassenverfolgung (gegen Chinesen, Bergstämme, Mischlinge).

● **Aethiopien.** Allgemeiner und gezielter Terror. Vernichtungskrieg gegen ganze Völkerschaften, Kolonialkrieg in Eritrea.

● **Kuba.** Zwangsweise Gleichschaltung, Söldneraushebung für sowjetische Kolonien; Massenflucht.

● **Volksrepublik Guinea** (der älteste sozialistische Staat Afrikas). 20 Prozent der Bevölkerung geflohen, die Mehrzahl der Intellektuellen ermordet oder vertrieben. Massenhinrichtungen. Hungersnot.

Wer über das Elend unserer Zeit schreibt und dabei ausgerechnet ihre grössten Ungeheuerlichkeiten verschweigt, macht sich zum Komplizen. Aus der heiligen Empörung wird scheinheiliges Wegsehen. Tartuffe hält seinen Kopf schief und predigt die Moral. ■

Vorwarnzeit «Null»

Der polnische Exilgeneral Dubicki hat aufgrund seiner Einblicke in die Planungsarbeiten der Warschaupakt-Generalstäbe die Überwindung Westeuropas durch die Sowjets mittels militärischer Gewaltandrohung oder -anwendung als durchaus reale Möglichkeit bezeichnet (ZB 9/82). Diese Gefahr wird im Westen – und auch von Verantwortlichen des EMD – abgetan mit dem Hinweis, dass dank der Überwachung des Ostblocks durch elektronische Satelliten immer genügend Vorwarnzeit garantiert sei, um den sowjetischen Eroberungsabsichten zuvorzukommen. Eine völlig andere Meinung vertritt Cyril Joly in seinem – von den Medien bisher totgeschwiegenen – Buch «Operation Stille Nacht» (Verlag Meyster, München 1982).

Darin legt er in Form eines tage- und stundenweise gegliederten Romans die Möglichkeiten dar, die den Sowjets jederzeit offenstehen und die von ihnen teilweise jetzt schon genutzt werden, um die elektronische Überwachung zu unterlaufen und damit die Vorwarnzeit auf Null zu reduzieren. Zu dieser drängenden Vision ist er befähigt, weil er sein Leben lang im britischen Verteidigungsministerium und im Nato-Hauptquartier gearbeitet und dort Informationen aufgenommen hat, die zwar vorliegen, von Politikern und Militärs aber kaum beachtet und insbesondere nicht in grössere Zusammenhänge gestellt und in ihren Auswirkungen zu Ende gedacht werden.

Der Westen will nicht wahrhaben, dass die Sowjetunion an zahlreichen Orten einen politischen Krieg führt, beispielsweise an der «Front der Subversion und Sabotage durch die gnadenlosen, nie erlahmenden Bemühungen, die Loyalität von Bürgern westlicher Staaten gegen ihre Gesellschaftsformen zu untergraben und willige und gutgläubige Konvertiten für ihre Zwecke einzuspannen» (S. 41/42). Wer denkt hier nicht sogleich an die überall auftauchenden Systemveränderer und Aussteiger, aber auch an die progressiven und «aufgeschlossenen» Lehrer, Pfarrer und Medienschaffenden sowie an die Programme grosser Parteien zur «Überwindung des Kapitalismus»?

In zahlreichen Einzelszenen stellt Cyril Joly eine Entwicklung dar, wie sie hier und heute einsetzen könnte und bei der es keine Vorwarnzeit gibt.

Und obwohl er dabei nur Episoden zeigt, die für die Gesamtlage bedeutungsvoll sind, und all die andern weglässt, die in Wirklichkeit ebenfalls und vielleicht spektakulärer in Erscheinung träten, ohne besonders wichtig zu sein, muss er zu einem Trick greifen, um dem Leser die Zusammenhänge greifbar zu machen. Dazu verwendet er Zusammenkünfte der sowjetischen Spitzenorgane und die dort abgegebenen Berichte: «Die westlichen Länder haben den politischen Willen verloren, mit unserer wachsenden Stärke Schritt zu halten... Vor allem in Europa ist es zu einer Erosion des Willens und der Entschlossenheit gekommen, dem Vormarsch der Kommunisten Einhalt zu bieten» (S. 130).

Es folgen detaillierte Darlegungen über das Einschleusen von Agenten, das Entfachen von Protestbewegungen, die Vorbereitung von Sabotageakten, die stillen Vorbereitungen militärischer Bewegungen und des Zusammenwirkens all dieser Einzelaktionen zur grossen Operation Stille Nacht. Während Europa überrumpelt wird, ohne dass seine Bewohner etwas davon merken, bemühen sich die Diensthabenden im Pentagon, aus den Meldungen, die ihnen über die wenigen nicht ge- oder zerstörten Verbindungen noch zu gehen, ein Bild von der Lage zu machen.

«Operation Stille Nacht» ist eine aufschlussreiche Vision; es ist zu hoffen, dass sie nicht nur im Kreml, sondern auch von allen politisch Verantwortlichen im Westen gelesen wird.

MK

Einladung zum Abonnement

Zurücksenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 3ᶜ.— (Ausland sFr. 42.—/DM 48.—).
Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift

18/82